

Kapitalismus, Gewerkschaften und Sozialwissenschaften heute

Chancen für eine Kooperation in (wirtschafts-) demokratischer Absicht?

Hans-Jürgen Urban

Einleitung

Lange Zeit war es sehr still um das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus. Das galt für die Gewerkschaften wie für die Sozialwissenschaften. Der Grund: In beiden Bereichen dominierte die Auffassung, dass nach dem Scheitern des bürokratischen Staatssozialismus wenn nicht das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama), so doch der unwiderrufliche historische Sieg des liberal-kapitalistischen Gesellschaftsmodells zu konstatieren sei. Und dass dieses mit der „sozialen Marktwirtschaft“ ein Modell gefunden habe, das den produktivitätsgetriebenen und wachstumstreibenden Kapitalismus mit einer stabilen politischen und sozialen Demokratie verbindet – relativ konfliktarm und relativ stabil. Wenn noch von Systemkonkurrenz die Rede war, dann nicht mehr vom Konflikt der Gesellschaftssysteme, sondern von Varianten oder Spielarten des alternativen Kapitalismus. Modell- statt Systemkonkurrenz. Dieser Glaube war sicherlich nicht unumstritten. Sowohl in den Gewerkschaften als auch in der Wissenschaft verstummten die kapitalismuskritischen Stimmen und das Misstrauen gegenüber dem Sozialen in kapitalistischen Märkten nie ganz. Doch Zweifel daran, dass ein auf Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln beruhendes, von privater Profitproduktion und -aneignung geprägtes und durch einen unbedingten Wachstumszwang getriebenes Wirtschaftsmodell den Anforderungen guter Gesellschaft aus systemischen Gründen nicht gerecht werden könne, waren in Wissenschaft und Gewerkschaften in der Regel nicht nur in der Minderheit, sondern marginalisiert.

Die Krise des globalen Finanzmarktkapitalismus der Jahre 2008ff. hat vieles verändert. Vor allem hat sie den Glauben an die segensreichen Wirkungen weitgehend unregulierter Märkte tief erschüttert. Und sie hat eine alte Einsicht in die öffentlichen Debatten zurückgebracht: dass ein Übermaß an sozialer Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht nur den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, sondern auch den Funktionserfordernissen einer Marktwirtschaft widerspricht. Der Kapitalismus wurde wieder als soziale Ungleichheits-

maschine erkannt, die weitreichender Regulierungen bedarf, soll ihr destruktives Potenzial nicht immer wieder gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Demokratie gefährden (vgl. Piketty 2014). Diese Rückbesinnung hatte Gründe. Denn die Rettung der Finanzmarktakteure zulasten der öffentlichen Haushalte trieb den Widerspruch zwischen privatem Reichtum und öffentlichen Schulden auf ein historisches Hoch und die politischen Ad-hoc-Maßnahmen während der akuten Schockkrise ignorierten selbst Mindestanforderungen an demokratische Entscheidungen. Die zuvor von Colin Crouch (2008) formulierte These von der „Post-Demokratie“ erhielt neue Bedeutung und Überzeugungskraft. Ohne die Basisinstitutionen der politischen Demokratie – Parlamente, Regierungen, Rechtswesen – formal infrage zu stellen, mangelte es den politischen Krisenprogrammen an demokratischer Legitimation und gerieten Essentials der sozialen Demokratie unter die Räder.

Diese Gefährdung von Gesellschaft und Demokratie dauert an und muss Gewerkschaften und Sozialwissenschaft gleichermaßen alarmieren. Beide brauchen demokratische Verhältnisse als Bedingungen ihrer Existenz und Wirksamkeit. Dass dieses gemeinsame Interesse eine Plattform für eine intensive(re) Kooperation zwischen beiden darstellen kann und sollte, wird im Folgenden begründet. Denn, so die hier zur Diskussion gestellte Auffassung, im Gegenwarts-kapitalismus ist eine Dynamik im Gange, die nicht nur bisher geschützte Felder der Gesellschaft und des Wohlfahrtsstaates zu Sphären des Ökonomischen und der Kapitalverwertung macht, sondern die auch in allen Bereichen der Gesellschaft Elemente des Demokratischen und der Mitbestimmung zurückdrängt und untergräbt. In der Politik, den Unternehmen und der Wissenschaft. Diese Form der innerkapitalistischen „Landnahme“ (vgl. Dörre 2009) wird durch die neoliberale Krisenpolitik der Europäischen Union und die „New Corporate Governance“, die in den finanzmarktorientierten Unternehmen mit besonderer Wucht Einzug gehalten hat, beschleunigt. Doch nicht nur das: Die Dynamik der Landnahme scheint auch vor Wissenschaft und Universitäten nicht Halt zu machen. Über interne Vermarktlichung, Restrukturierung der Hochschulverfassungen und eine neue „Economic Governance“ halten Steuerungslogiken Einzug, die einen „akademischen Kapitalismus“ hervorbringen. In diesem agieren die Hochschulen selbst immer stärker wie Unternehmen „und versuchen, das Wissen, das sie akkumulieren und generieren, in ökonomisches Kapital zu verwandeln“ (Münch 2009, S. 6); zum Schaden ihrer Autonomie und von Forschung und Lehre.

Angesichts der Kolonialisierung durch die Landnahme-Dynamik des Gegenwarts-kapitalismus stehen ambitionierte Gewerkschaften und eine kapitalismuskritische Sozialforschung gemeinsam vor der Anforderung, Schutzwälle zu errichten und auf dem Eigensinn ihrer gesellschaftlichen Felder und Aufgaben zu beharren. Ob diese gemeinsame Aufgabe auch einen neuen Gemeinsinn zwischen ihnen zu stiften vermag, dürfte letztlich vom Selbstverständnis abhängen,

mit dem sich beide der Aufgabe stellen. Der vorliegende Text enthält ein Plädoyer für eine intensiviertere Kooperation zwischen Gewerkschaften und Sozialwissenschaft in der neuen kapitalistischen Welt. Es versteht sich damit zugleich als Beitrag zur Debatte über die Perspektiven der ehrwürdigen und höchst verdienstvollen Kooperation zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall.

Das Plädoyer gliedert sich wie folgt: Kursorischen Ausführungen zum Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie folgt die These, dass sich die Europäische Union auf dem Weg in einen prekären Autoritarismus befindet, der Europa in eine demokratiepolitische Sackgasse führt (Abschnitt 1). Begleitet wird dies von Rationalisierungsdynamiken in den Unternehmen, die Errungenschaften wie Mitbestimmung und Beteiligung in der Wirtschaft infrage stellen (Abschnitt 2). Beide Entwicklungen rücken die Demokratiefrage ins Zentrum, für die Gewerkschaftspolitik wie für die Sozialwissenschaften. Dabei wird deutlich, dass der dringend gebotene Pfadwechsel vor allem auf eine durchgreifende Demokratisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik nicht verzichten kann. Wenn, so das Argument, die neoliberale Austeritätspolitik und die finanzkapitalistischen Restrukturierungen jene Dynamiken befördern, die in nahezu allen Sphären des Gegenwartskapitalismus die ohnehin fragile Demokratiebestände gefährden, dann gibt sich die Arbeit an einem integrierten Konzept einer „Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhundert“ als Aufgabe kritischer Sozialforschung, vor allem aber einer offensiven Gewerkschaftspraxis zu erkennen (Abschnitte 3 und 4). Eine Skizze möglicher Felder und Themen einer so ausgerichteten Kooperation (Abschnitt 5) und ein Ausblick schließen die Überlegungen ab.

1 Kapitalismus und Demokratie – eine fragile Beziehung

Dass sich die Interessenlagen von Gewerkschaften und Sozialwissenschaft in der Verteidigung demokratischer Elemente gegen eine übergriffige Ökonomie treffen, ist kein Zufall. Auch im „demokratischen Kapitalismus“ stehen Ökonomie und Politik in einem fragilen und stets spannungsreichen Verhältnis (Streeck 2013, S. 90-97). Beide folgen eigenen Logiken, die eine „prekäre Symbiose“ (Fritz W. Scharpf) miteinander eingehen (vgl. auch Kocka/Merkel 2015). Die Logik der kapitalistischen Akkumulation und der Marktkonkurrenz unterwirft die Unternehmen, die an der maximalen Verwertung des eingesetzten Kapitals orientiert sind, einem Druck, alle menschlichen und natürlichen Produktionsfaktoren auszubeuten und die sozialen und umweltbezogenen Kosten dieser Ausbeutung zu externalisieren. Und durch die Logik des demokratischen Staates unterliegen Regierungen einem durch den Wahlmechanismus vermittelten Zwang, zum Zwecke der Legitimationssicherung die Folgeschäden der kapitalistischen

Ökonomie in Grenzen zu halten oder zu korrigieren; dem dient insbesondere eine aktive Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik. Da die demokratische Politik immer wieder mit den Mechanismen der profitorientierten Akkumulation in Konflikt gerät, wohnt kapitalistischen Demokratien eine latente Krisendynamik inne.

Den Handlungslogiken entsprechen unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen. Sie korrespondieren als normative Ideen mit den Funktionserfordernissen des jeweiligen Feldes. Die Marktgerechtigkeit artikuliert die normativen Standards der „Eigner und Verwalter von Kapital“ und drängt auf die „Verteilung des Produktionsergebnisses nach der Bewertung der individuellen Leistungen der Beteiligten durch den Markt, ausgedrückt durch ihre relativen Preise“; die soziale Gerechtigkeit bemisst sich an kulturellen Normen und folgt „kollektiven Vorstellungen von Fairness, Billigkeit und Reziprozität“ und „kennt Bürger- und Menschenrechte, etwa auf Gesundheit, soziale Sicherheit, Teilhabe am Leben der Gesellschaft, Beschäftigungsschutz, gewerkschaftliche Organisation usw.“ (Streeck 2013, S. 91f.). Während Marktgerechtigkeit durch die Preisbildung am Markt entschieden wird, beruht soziale Gerechtigkeit auf Macht und ist in den Wohlfahrtsstaaten in umverteilenden Institutionen fixiert.

Insgesamt beschreibt die Marktgerechtigkeit die Basis-, die soziale Gerechtigkeit die Korrektornorm. Und die erste dominierte die zweite. Der Nachkriegskapitalismus europäischer Prägung schien eine stabile Balance der widerstreitenden Logiken und Normen gefunden zu haben. Das austarierte Verhältnis zwischen der florierenden Akkumulation und sozialer Verteilungspolitik stellte den Kern jener „Prosperitätskonstellation“ dar (Burkart Lutz), die den Wohlfahrtsstaatskapitalismus zu einem historischen Erfolgsmodell werden ließ. Jedoch geriet weitgehend in Vergessenheit, dass die strukturelle Asymmetrie zwischen Markt- und sozialer Gerechtigkeit und die Risiken akuter Wirtschafts- oder Legitimationskrisen aus den Mechanismen der Gesellschaften keineswegs verschwunden waren. Mehr noch: Sie prägten auch den ökonomischen und politischen Integrationsprozess in Europa. Dabei waren die hegemonialen Projekte, die die europäische Integration in Schüben und über Transformationskrisen vermittelt vorantrieben, in der Regel Initiativen zur Förderung von Akkumulation und Marktintegration (vgl. Urban 2013, S. 121ff.). Zugleich intervenierten sie in die wohlfahrtsstaatlichen Arrangements der Nationalstaaten und wirkten zulasten der Logik demokratischer Politik und sozialer Gerechtigkeit. Dadurch trugen sie mitunter zu neuen Akkumulationsschüben, aber auch zur Störung des Gleichgewichts zwischen Markt- und sozialer Gerechtigkeit und damit zur Destruktion der alten Prosperitätskonstellation bei. Im Laufe ihrer Entwicklung wurde die Europäische Union zur

„Liberalisierungsmaschine des europäischen Kapitalismus, mit deren Hilfe Regierungen marktkonforme Reformen der verschiedensten Art gegen den Widerstand

ihrer Bürger durchsetzen konnten, wenn sie nicht gar von den europäischen Behörden zu ihnen gezwungen wurde.“ (Streeck 2013, S. 151)

Diese „Liberalisierungsmaschine“ ebnete einem europäischen Finanzmarktkapitalismus den Weg, in dem Politiken, die mit den Interessen und Spielregeln der Finanzökonomie kollidieren, strukturell blockiert sind. Die gegenwärtige Finanz- und Fiskalkrise der Europäischen Union, die leicht zu einer Systemkrise eskalieren kann, kann aus dieser Perspektive als Resultat und vorläufiger Höhepunkt einer Entwicklung gewertet werden, in der durch den Abbau demokratischer Marktkorrekturen die immanente Krisenanfälligkeit des europäischen Kapitalismus gesteigert wurde. Dabei scheinen sich die Akteure in den nationalstaatlichen wie in den europäischen Arenen an der Krisenbewältigung die Zähne auszubeißen. Es spricht nicht viel dafür, dass in naher Zukunft demokratisch legitimierte Krisenlösungen und die Verteilungslogik der sozialen Gerechtigkeit obliegen und sie und nicht die Spielregeln der Finanzmärkte und die Interessen ihrer Schlüsselakteure den weiteren Gang der Dinge bestimmen.

Europa am Beginn des 21. Jahrhunderts: Viel Kapitalismus, wenig Demokratie

Gegenwärtig steht es jedenfalls nicht gut um Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Europa. Bereits lange vor der gegenwärtigen Krise wiesen Demokratie- und Legitimationsdefizite die EU als Paradebeispiel für das aus, was im Anschluss an Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet wird. Crouch diagnostiziert eine Mixtur aus Passivität der Bevölkerung, ausgeklügelten Manipulations- und Marketingstrategien der politischen Eliten und einer ausufernden politischen Lobbymacht der transnationalen Unternehmen als Gefahren für die Demokratie, die sich insbesondere in den Regierungsperioden der „neuen Sozialdemokratie“ herausgebildet hatten.

Der Begriff Postdemokratie

„bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommen, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: Von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (Crouch 2008, S. 10)

Crouch zeichnete sein Bild postdemokratischer Zustände vor der Krise der Jahre 2008ff. Doch im Rahmen der neoliberalen Krisenpolitik scheinen sich die Deformationen in der EU noch einmal zuzuspitzen und wirkt diese Politik besorgniserregend auf die Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten zurück. Was auf der Phänomenebene als „faktische Abkoppelung wirtschaftspolitischer Entscheidungen vom prozeduralen Legitimationsprozess“ (Enderlein 2013, S. 716) beschrieben wurde, verweist auf ein institutionelles Regime, in dem die Demokratie- und Legitimationsdefizite der EU auf die Spitze getrieben werden. In einem intransparenten und von nationalstaatlichen Interessen überformten Aushandlungsprozess wird Schritt für Schritt ein neues wirtschafts- und finanzpolitisches Regelwerk gezimert. Es setzt an bereits getroffenen Vereinbarungen zu einer „European Governance“ und einer verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung an, die im Nachgang zur revidierten Lissabon-Strategie unter dem Begriff „Europa 2020“ zusammengefasst wurden (vgl. Urban 2013, S. 121ff.).

Dieses Regime prekärer Stabilisierung ist höchst autoritär, mit vielfältigen Interessenverletzungen gegenüber den Lohnabhängigen und einer drastischen Verschlechterung gewerkschaftlicher Handlungsbedingungen verbunden (vgl. dazu die Beiträge in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2013). Die Vorgaben für die Entwicklung von Löhnen, Produktivität und Sozialsystem greifen tief in die Mechanismen der nationalen Kapital-Arbeits-Staat-Beziehungen ein und unterwerfen die nationalen Wirtschaftspolitiken sowie die gesamte Arbeits- und Sozialverfassung der Mitgliedstaaten der überbordenden Wettbewerbs- und Stabilitätspolitik. Zum Abbau von Haushaltsdefiziten und Staatsschulden werden die Staaten drastisch in die Systeme des Sozialschutzes einschneiden und Leistungen kürzen. Reduzierte Risikokompensation insbesondere bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit erhöht jedoch den Druck auf die Lohnabhängigen und intensiviert den „Reservearmee-Mechanismus“ auf dem Arbeitsmarkt. Das schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Zugleich werden die fiskalischen Restriktionen zu einem Ausfall der Staaten als aktive Wirtschaftsstaaten im Sinne von Konjunktur-, Beschäftigungs- und Industriepolitik und damit für eine Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung führen. Von der Unfähigkeit, staatliche Aufgaben im Projekt des öko-sozialen Strukturwandels wahrzunehmen, ganz zu schweigen. Mögliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse werden verschenkt. Auch die Lohnverhandlungen bleiben nicht unberührt. Ein neuer „lohnpolitischer Interventionismus“ wird sichtbar, der tarifliche Rechte und materielle Standards massiv unter Druck setzt (vgl. Müller/Schulten 2014). Das verbale Bekenntnis zur Sozialpartner-Autonomie erweist sich vor der in Gang kommenden Disziplinierungs- und Downsizing-Logik als Makulatur.

2 Mitbestimmung und Beteiligung im Betrieb – Schleichende Gefahren trotz stabiler Institutionen

Doch nicht nur durch die Finanzmarktkrise und die neoliberale Krisenpolitik werden Elemente des Demokratischen infrage gestellt. In Betrieben und der Arbeitswelt des Finanzmarktkapitalismus findet seit geraumer Zeit eine Ökonomisierung eigener Art statt. Diese greift nicht die institutionellen Rechte der Interessenvertretungen an. Sie droht vielmehr die Voraussetzungen von Mitbestimmung und Partizipation zu unterspülen. Sichtbar wird diese Entwicklung durch eine wichtige Erkenntnis Colin Crouchs. Für Crouch resultieren die postdemokratischen Zustände nicht aus der offenen Infragestellung demokratischer Institutionen, sondern aus sozialen und politischen Prozessen, die die Voraussetzungen demokratischer Verfahren unterminieren.

„Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen im Takt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.“ (Crouch 2008, S. 13)

Verstärkt werde diese Bedrohung der Demokratie im politischen Raum durch die „Parabel des politischen Einflusses der Arbeiterklasse“ (ebd., S. 12, 71ff.) im 20. Jahrhundert. Die politische Karriere der Arbeiterbewegung verlief demnach in groben Strichen skizziert wie folgt: Dem Aufschwung einer zunächst schwachen, politisch weitgehend einflusslosen Bewegung zu einer politikmächtigen Massenbewegung folgte, so Crouch, die Hochphase im Zeitalter des Wohlfahrtsstaates, der keynesianischen Nachfragepolitik und des institutionalisierten Korporatismus zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat, der sich dann der Niedergang, der fortschreitende Zerfall der Organisationen und ihre Marginalisierung in den politischen Arenen anschloss.

An dieser Stelle soll nun nicht die These von der parabelförmigen Lebenskurve der Arbeiterbewegung und dem Niedergang des gewerkschaftlichen Einflusses geprüft werden. Vielmehr geht es um die Diagnose postdemokratischer Zustände in der modernen Arbeitswelt. Kein Zweifel, der Demokratisierungsgrad, der die Gesellschaften des regulierten Wohlfahrtsstaat-Kapitalismus auszeichnete, wurde in seiner kapitalistischen Ökonomie nie erreicht. Denn so viel politische Demokratie auch gewagt wurde – der Betrieb blieb weitgehend eine demokratiefreie Zone. Und wo es nie Demokratie gab, ist die Rede von der Post-Demokratie zweifelsohne problematisch. Dennoch scheint eine Facette der Post-Demokratie-These auf die Arbeitswelt anwendbar. Crouch betont, dass sich der Niedergang der Demokratie weniger durch die Infragestellung formal-demokra-

tischer Institutionen als vielmehr durch die Unterminierung der Voraussetzungen demokratischer Prozesse vollzieht.

Crouchs wichtige Beobachtung trifft auch für die Arbeitswelt zu. Allen Versuchen der Einschränkung betriebsverfassungs- und mitbestimmungsrechtlicher Arbeitnehmerrechte zum Trotz: Nicht minder bedeutende Hürden für ein demokratisches Arbeitsleben resultieren aus den neuen Formen kapitalmarktinduzierter Rationalisierung. In dieser greifen die Entgrenzung von Leistungsanforderungen und Arbeitszeit, die Inszenierung unternehmensinterner Märkte, die damit einhergehende „Vermarktlichung“ von Arbeits- und Sozialbeziehungen sowie die zeitpolitische Diktatur der kurzen Fristen infolge überzogener Renditemaßstäbe ineinander. Gemeinsam tragen sie dazu bei, die Beschäftigten vollständig in die betrieblichen Transformationsprozesse zu integrieren, ohne ihnen Spielräume der Einflussnahme auf diese Prozesse zu belassen; und damit blockieren sie demokratische Prozesse gleichsam unterhalb der Schwelle der Infragestellung institutioneller Mitbestimmungsrechte. Mit anderen Worten: Vermarktlichte und entgrenzte Arbeit erweist sich als versteckte, aber reale Gefahr für wirksame Arbeitnehmerbeteiligung und Mitbestimmung, unabhängig davon, wie erfolgreich institutionelle Einfluss- und Mitbestimmungsrechte auch verteidigt werden.

Doch damit nicht genug. Gerade in den Unternehmen der digitalen Arbeit verbindet sich der umfassende Zugriff auf die lebendige Arbeit mit Partizipations- und Feedback-Angeboten der Vorstände und Führungspersonen, die bei den Beschäftigten durchaus auf Resonanz stoßen. Unter dem Label des „demokratischen Unternehmens“ werden auf der Grundlage digitaler Techniken neue Modelle der Arbeitsorganisation und Kommunikation erprobt, die die verbleibenden Partizipationsbedürfnisse der Beschäftigten durch individuelle Beteiligungsofferten auffangen. Die Ansprache der Beschäftigten verläuft über technikbasierte, direkte und flexible Kommunikationswege („liquid democracy“) – und in der Regel schnurstracks an betriebsverfassungsrechtlichen (Betriebsräte, Jugend- und Auszubildende-Vertretungen) und gewerkschaftlichen Strukturen (Vertrauensleute) vorbei. Unter diesen Bedingungen können Mitbestimmungsinstitutionen schlichtweg umgangen und unterspült werden und ihre Stabilität kann kaum Anlass zur Entwarnung sein (dazu auch Schröder/Urban i.V.).

Trifft diese Sicht der Dinge zu, hat dies für das Verhältnis von Mitbestimmung und „Guter Arbeit“ weitreichende Folgen. Geht die traditionelle Sichtweise davon aus, dass institutionalisierte Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte guter Arbeit vorausgehen müssen, da nur so Einflusskanäle und Instrumente einer humanen Arbeitsgestaltung zu realisieren seien, würde der post-demokratisch geschärfte Blick die gegenläufige Wirkungsbeziehung in den Fokus rücken. Aus dieser Perspektive wären Beteiligung und Mitbestimmung nicht Voraussetzungen humaner Arbeit, sondern die humanisierungspolitische Regulierung entgrenzter, vermarktlichter und indirekt gesteuerter Arbeit wäre die Vorausset-

zung, um wieder Spielräume für die Wahrnehmung institutioneller Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte zu eröffnen; und um individuellen Beteiligungsangeboten, die nicht an die wirklichen Machtstrukturen des Betriebes heranreichen, entgegenzutreten. Dies würde das Verhältnis von institutioneller Mitbestimmung und guter Arbeit nicht gänzlich umkehren. Doch diese Perspektive würde die Grenzen einer institutionenfixierten Vorstellung demokratisierter Arbeit in der neuen Arbeitswelt hervorheben. Und sie würde die Frage nach geeigneten Formen leistungs- und arbeitspolitischer Regulierung als Voraussetzung demokratischer Teilhabe im Betrieb und nach der Bedeutung von Arbeitnehmer-Ansprachemodellen jenseits institutioneller Rechte und Einflusskanäle hervorheben.

3 Wirtschaftsdemokratie als Verteidigung von Demokratie und Mitbestimmung

In einer solchen Konstellation müssen Konzepte, die eine demokratischere EU und mehr Demokratie im Betrieb unabhängig von den ökonomischen Basisentwicklungen der kapitalistischen Ökonomie diskutieren, scheitern. Reformen, die nur die politischen Institutionen erhalten oder demokratisieren wollen, springen zu kurz. Die voranschreitende Kolonialisierung der politischen Institutionen durch die Imperative der Finanzökonomie muss durch demokratische Interventionen in die ökonomische Basis des europäischen Finanzmarktkapitalismus beantwortet werden.

„Nur in diesem materialen Zusammenhang wäre heute überhaupt sinnvoll von Demokratie zu sprechen, weil man nur so der Gefahr entginge, mit der ‚Demokratisierung‘ von Institutionen abgespeist zu werden, die nichts zu entscheiden haben. Demokratisierung heute müsste heißen, Institutionen aufzubauen, mit denen Märkte wieder unter Kontrolle gebracht werden können (...).“ (Streck 2013, S. 236f.)

Es geht also um nicht mehr und nicht weniger als um ein Programm zur Rückgewinnung der demokratischen Kontrolle über die Märkte, vulgo: um Wirtschaftsdemokratie (vgl. dazu ausführlicher Hyman 2013; Urban 2013, S. 249ff.).

Doch wie könnte eine solche Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts aussehen? Klassikern der Wirtschaftsdemokratie wie Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali und Viktor Agartz sind nach wie vor aktuelle Einsichten in die Mechanismen der kapitalistischen Ökonomie zu entnehmen. Blaupausen für die neue Wirtschaftsdemokratie halten ihre Konzepte jedoch nicht bereit. Evident ist, dass wirtschaftsdemokratische Fortschritte nur im Rahmen eines kollektiv-diskursiven Prozesses realisiert werden können. Der eine große Wurf wird Illusion

bleiben. Die Überführung der gegenwärtigen finanzmarktgetriebenen Marktökonomie in eine öko-soziale Wirtschaftsdemokratie bedarf einzelner reformpolitischer Projekte, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Orten im politischen Mehrebenen-System zu entwickeln und anzugehen sind.

Die detaillierte Beschreibung des Bauplans einschließlich seiner einzelnen Bauelemente und Bauphasen ist eine nur kollektiv zu bewältigende Aufgabe. Ein solcher Bauplan benennt Umsetzungsprojekte, die tragende Säulen des wirtschaftsdemokratischen Hauses abgeben können. Sie markieren konkrete Reformforderungen und -ziele und wären für die ersten Phasen des Umbaus der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung von zentraler Bedeutung:

Erstens: Die Finanzmärkte müssen umfassend reguliert und das Euro-Finanzregime reformiert werden, um den politischen (Regierungen) und arbeitsmarktpolitischen (Unternehmen, betriebliche Interessenvertretungen, Gewerkschaften) Akteuren wirtschaftsdemokratische Handlungsoptionen zu eröffnen. Zweitens: Die normative und realpolitische Reichweite staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik muss erheblich erweitert werden, um die marktvermittelte wirtschaftliche Wertschöpfung („Primärverteilung“) zu korrigieren und sie gemäß den volkswirtschaftlichen und sozialstaatlichen Erfordernissen zu verteilen und die notwendigen Anreize/Auflagen für die öko-soziale Transformation industrieller Sektoren zu setzen. Drittens: Dem privatkapitalistischen Eigentum muss öffentliches und genossenschaftliches Eigentum zur Seite gestellt werden, um die Überführung einer rein kapitalistischen zu einer gemischten Eigentumsordnung zu beginnen und einen umfassenden Sektor öffentlicher Güter zu fördern. Viertens: Entgrenzung und Prekarisierung der Erwerbsarbeit müssen gestoppt und ein neues „Normalarbeitsverhältnis“ muss institutionell etabliert werden, um individuelle Autonomie mit kollektivem sozialen Schutz zu verbinden. Fünftens: Durch umfassende Mitbestimmungs- und Interventionsrechte der öffentlichen Hand, der Gewerkschaften und der Belegschaften müssen die privatkapitalistischen Eigentums- und Verfügungsrechte eingeschränkt und die Bedarfe der Gesellschaft und der Lohnabhängigen nach sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in die unternehmerische Politik einfließen können. Sechstens: Mittels makro- und mikroregionaler Strukturräte gilt es, den wirtschaftlichen Lenkungs-, Planungs- und Umbauprozessen einen institutionellen Ort und entsprechende Kompetenzen zu geben.

4 Gewerkschaften als Treiber einer neuen Wirtschaftsdemokratie?

Die Neue Wirtschaftsdemokratie ist ein äußerst anspruchsvolles, weil komplexes und Machtverhältnisse sprengendes Projekt. Sie läuft auf die Entprivatisierung und Vergesellschaftung essenzieller Produktions-, Verteilungs- und Konsum-

tionsentscheidungen hinaus und trägt die Logik demokratischer Politik in die Ökonomie. Alle Einzelvorhaben stellen Megaprojekte dar, die nicht nur aufgrund ihrer sachlichen Komplexität, sondern vor allem mit Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse im realen Finanzmarkt-Kapitalismus höchst voraussetzungsvoll sind. Eine Umsetzungsstrategie erfordert machtpolitischen Realismus und die Einsicht, dass solche Ziele nur durch die Kooperation unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Kompetenzen und Machtressourcen erreichbar sind. Die Perspektive könnte in einem Kooperationsverbund kritischer Kräfte liegen, in dem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammenschließen und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen. Die Gewerkschaften sollten dabei sein. Sie ringen seit geraumer Zeit, durchaus mit Erfolgen um eine Revitalisierung (vgl. Schmalz/Dörre 2013), haben aber das strategische Potenzial der Wirtschaftsdemokratie noch nicht entdeckt.

„Die Demokratisierung der Wirtschaft – von der Gestaltung des Arbeitsprozesses selbst, über die Unternehmensentscheidungen bis hin zur Intervention in die Sozialpolitik sowie in zahlreiche andere Politikfelder wie z. B. die Struktur- und Regionalpolitik – bildet (...) ein Feld, auf dem die Gewerkschaften selbst einen Beitrag zu einer Transformation über den Neoliberalismus und Kapitalismus hinaus leisten können.“ (Deppe 2012, S. 107)

Dringlichkeit und Bedeutung machen die wirtschaftsdemokratische Sache nicht einfacher. Eine Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts ist ein säkulares Projekt.

„Bevor so etwas auf die Tagesordnung kommen könnte, bedürfte es zumindest jahrelanger politischer Mobilisierung und dauerhafter Störungen der gegenwärtig sich herausbildenden sozialen Ordnung.“ (Streeck 2013, S. 237)

Könnten die Gewerkschaften die Rolle eines solchen Störenfrieds übernehmen – vorausgesetzt, der Wille dazu wäre herangereift? Eine autonome Interessenpolitik der Gewerkschaften ist angesichts der Machtverluste der letzten Jahre schneller gefordert als realisiert. Und die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse ist kein Projekt, das mobilisierungspolitische Funken schlägt. Notwendig wäre die Stärkung demokratischer Politik und sozialer Gerechtigkeit gegenüber der immer noch übermächtigen Marktlogik und -gerechtigkeit. Sich als Treiber einer solchen Stärkung zu definieren, setzt eine reflektierte Strategieentscheidung voraus. Hinzukommen muss eine offene, die gewerkschaftliche Mitgliederbasis einbeziehende und aktivierende Weiterentwicklung entsprechender Umsetzungskonzepte. Entscheidend wird sein, ob sich Belegschaften und gewerkschaftliche Aktivisten das Thema aneignen und welche Relevanz sie dem Projekt einer neuen öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie im Rahmen der gewerk-

schaftlichen Revitalisierungsbemühungen beimessen; ob es angesichts der Kräfteverhältnisse in Betrieb und Gesellschaft als Luxus- oder Utopiethema zurückgewiesen oder ob es als Voraussetzung der Möglichkeit begriffen wird, der demokratieunverträglichen Anmaßung der Finanzeliten Einhalt zu gebieten und die Perspektive auf eine solidarischere Ökonomie und Gesellschaft offenzuhalten. Es führt kein Weg hinter die Erkenntnis zurück: Im Gegenwartskapitalismus mit seiner imperialen Finanzökonomie wird politische Demokratie nicht mehr ohne demokratischeschützende Interventionen in die Spielregeln und Machtverhältnisse der Wirtschaft zu haben sein. Wer die Demokratie erhalten will, wird sich mit dem Kapitalismus anlegen müssen.

5 Felder der Kooperation zwischen Sozialwissenschaft und Gewerkschaften

Gemeinsame Probleme schaffen gemeinsame Interessen und die Notwendigkeit gemeinsamer Gegenwehr. Das gilt auch für Gewerkschaften und Hochschulen. Denn die kapitalistische Landnahme bedroht nicht nur demokratische Standards und Ansprüche in Wirtschaft und Politik. Sie generiert auch denkbar schlechte Bedingungen für eine demokratische und soziale Hochschule, die sich den Zielen demokratischer Selbstverwaltung und einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung verpflichtet weiß (vgl. HBS 2010).

Diese Perspektive scheint auch in die sozialwissenschaftliche Debatte Einzug zu halten. So etwa in dem Appell des Mentors der „öffentlichen Soziologie“, Michael Burawoy (vgl. Burawoy 2005, 2015). Unter dem Diktum einer „öffentlichen Soziologie“ wird darüber diskutiert, wie Soziologinnen und Soziologen sowie Akteure der Zivilgesellschaft in einen neuen Dialog treten können; und dies mit politisch-praktischen Absichten. Die in den USA von Michael Burawoy gestartete Debatte hat mittlerweile die deutsche Soziologie erreicht. Gefragt wird nicht zuletzt, ob die gleichzeitige Ausbreitung des Marktes in die Arbeits- sowie die Wissenschaftswelt im Zuge der „neoliberalen Konterrevolution“ (Milton Friedmann) nicht den Ausgangspunkt einer neuen Kooperation bilden könnte. „Neoliberalism,“ so Burawoy,

„having taken the offensive against labor, has turned to the university. The question we must now ask is whether this provides academics with new possibilities for defensive or even innovative collaboration with labor. The coincident crises of labor and university may provide fertile soil for a new public sociology.“ (Burawoy 2011, S. 4)

Insgesamt wird also immer deutlicher, dass der Ökonomisierungsdruck des Gegenwartskapitalismus die Gewerkschaften wie die Forschung gleichermaßen

herausfordert – eine Konstellation, die das Ausloten neuer Kooperationsmöglichkeiten erfordert. Eine neue Etappe der Kooperation würde die gemeinsame Arbeit an Themen und Forschungsfeldern erfordern, die auf beiden Seiten auf Resonanz und Nutzen hoffen oder gar dringliche Relevanz im jeweiligen Feld vorweisen können. In einer ersten Annäherung lassen sich in diesem Sinne – selbstredend ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Exklusivität – drei Anforderungskomplexe ausfindig machen, die Gewerkschaftspolitik und Sozialwissenschaften gleichermaßen herausfordern (vgl. dazu auch Urban 2014):

Erstens: Die Demokratisierung des europäischen Kapitalismus und Strategien gegen Prekarisierung und Polarisierung. In einer Zeit verschärfter Konflikte zwischen Kapitalismus und Demokratie sowie der sich zuspitzenden Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Lebenschancen in Europa (zwischen „Nord und Süd“ sowie zwischen „oben und unten“) gewinnt die Frage nach Stärken und der Grenzen des deutschen „Exportweltmeister-Kapitalismus“ an Brisanz; für die gewerkschaftliche Debatte wie für die sozialwissenschaftliche Forschung. Das gilt etwa mit Blick auf Zweifel an seiner europapolitischen Verträglichkeit und seinen Beitrag zur Krise des Euro-Fiskalsystems. Zugleich wäre die plausible These zu prüfen, dass die Exportstärke der deutschen Industrie weniger in preislicher Wettbewerbsfähigkeit infolge nachlaufender Lohnabschlüsse, sondern eher in der ökonomischen und sozialen Produktivität des deutschen Produktionsmodells und seines Konfliktregulierungsmodells wurzelt. Damit ist nicht nur die Frage nach der Zukunft der Institutionen der betrieblichen und außerbetrieblichen Mitbestimmung in den Exportsektoren gestellt. Auch die Frage nach den Preisen, die die Beschäftigten für den daraus resultierenden permanenten Produktivitätsdruck zu zahlen haben, drängt sich mit neuer Dringlichkeit auf die soziologische Forschungs- wie auf die gewerkschaftliche Politikagenda; mit entsprechenden Konsequenzen für die gewerkschaftliche Verteilungspolitik.

Zweitens: Eine „Topografie der modernen Arbeitswelt“ (Klaus Dörre) und Strategien einer Demokratisierung von Arbeit. Aus gewerkschaftlicher Perspektive kann demokratische Arbeit als unverzichtbarer Nukleus aller Modelle von Wirtschaftsdemokratie gelten. Das Spektrum der zu bearbeitenden Politik- und Forschungsfragen in diesem Feld ist breit (dazu auch Pickshaus 2014). Es reicht von der Gestaltung der Arbeits- und Ablauforganisation über die Erforschung des Wandels im Belastungsspektrum bis hin zu den Implikationen der finanzmarktkapitalistischen Ökonomie für Gesellschaft, Politik und Lebensweise der Menschen. Dies muss die Folgen der „revolutionären“ Neukonzeption industrieller Prozesse und der Mensch-Maschine-Schnittstellen im Kontext von Internet und globaler Vernetzung („Industrie 4.0“) einschließen; und dies im Bewusstsein, dass traditionelle Unterscheidungen zwischen Dienstleistungs- und Industriearbeit ohnehin nicht mehr trennscharf getroffen werden können. Als

Leitbild einer offensiven Arbeitspolitik könnte und sollte das Konzept der demokratischen Arbeit wirken. Richtig in Stellung gebracht, orientiert es eine Arbeitspolitik, die demokratische Impulse „von unten“ stärkt, diese mit Maßnahmen der Ausweitung betrieblicher und gewerkschaftlicher Mitbestimmung und zugleich mit Elementen der direkteren Beteiligung der Belegschaften verbindet. Als besondere Herausforderung dürfte sich die Auseinandersetzung mit „innovativen“ Strategien der Mitarbeiterpartizipation und der Dezentralisierung betrieblicher Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen herausstellen. Ambitionen dieser Art bündeln sich im Konzept des „demokratischen Unternehmens“. Es behauptet schon im Namen eine Nähe zum Demokratischen und entstand als berechtigte Kritik an kurzfristigen und destruktiven Shareholder-Value-Konzepten. Schon deshalb ist eine offensive Auseinandersetzung mit Strategien und Konzepten dieser Art gefordert, auf Seiten der Soziologie wie der Gewerkschaften.

Drittens: Die Stärkung von Organisations- und Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Fragen in diesem Kontext werden auch im Rahmen einer erneuerten Gewerkschaftsforschung thematisiert, die nach den Bedingungen strategischer Gewerkschaftspolitik („strategic unionism“) im Allgemeinen und Strategien zur Stabilisierung gewerkschaftlicher Organisations- und Verhandlungsmacht im Besonderen bearbeitet („Organizing“) (vgl. dazu vor allem Schmalz/Dörre 2014). Dabei gehen die Forschungen dieser Richtung über Aspekte der Arbeitsgestaltung im engeren Sinne hinaus. Sie widmen sich zugleich den Revitalisierungsbemühungen in anderen Kernfeldern gewerkschaftlicher Politik. Und dies aus gutem Grund. Denn Gewerkschaften, die sich der hier skizzierten Aufgaben mit Aussicht auf Erfolg annehmen wollen, brauchen mehr als arbeitspolitische Kompetenz. Sie bedürfen einer Gegenmacht und Reformkraft, die sich aus der Verankerung in Betrieben und Mitgliederbasis entwickeln muss, die sich jedoch zugleich der Notwendigkeit eines neuen politischen Mandats der Gewerkschaften stellt; nicht zuletzt, um sich für neue Formen der Kooperation mit einer praxisinteressierten Wissenschaft zu öffnen.

Ausblick

Der europäische Finanzmarktkapitalismus und mit ihm die Arbeitswelt befinden sich in einer krisenhaften Umbruchphase, die mit institutionellen Weichenstellungen und erheblichen Gefahren für die Demokratie verbunden ist. Ob eine negative Pfadkontinuität in Richtung eines Regimes autoritärer Prekarität oder ein Pfadwechsel in Richtung eines demokratischen Entwicklungsmodells die Zukunft prägt, wird letztlich durch die Machtausstattung widerstreitender Akteure entschieden. In dieser Situation stehen auch ambitionierte Gewerkschaften und eine kapitalismuskritische Sozialforschung gemeinsam vor der Anforderung,

eine strategische Antwort auf die Gefährdungen von Solidarität und Demokratie zu finden. Ansätze und Aktivitäten in diesem Sinne existieren. So unterbreitet etwa die Debatte über eine neue öffentliche Soziologie sozialen Bewegungen und den Organisationen der abhängigen Arbeit ein Gesprächsangebot, das diese nicht ausschlagen sollten. Daraus könnte auch eine neue Partnerschaft zwischen Sozialwissenschaften und Gewerkschaften werden.

Eine solche neue Partnerschaft erfordert jedoch einen Perspektivwechsel aller Beteiligten. Dieser müsste zunächst auf der gemeinsamen Einsicht gründen, dass alle Akteure in ihren Feldern und gemäß den dort geltenden Regeln erfolgreich sein müssen, um einen Beitrag zu einer Allianz der Erfolgreichen leisten zu können. Das erfordert vor allem gegenseitigen Respekt vor den spezifischen gesellschaftlichen Rollen und den Anerkennungskulturen des jeweiligen Feldes. Die Gewerkschaften wären gefordert, sich bei ihren Revitalisierungsbestrebungen wissenschaftlich fundierter Kritik zu öffnen und die Thematisierung von Defiziten nicht als unbotmäßige Einmischung zurückzuweisen. Von einer leistungsfähigen kapitalismuskritischen Soziologie können Hinweise auf Konflikte und Anforderungen erwartet werden, die sich noch im Stadium der Latenz befinden. Ein offenes Ohr für solche Frühwarnungen kann den gewerkschaftlichen Strategieprozess frühzeitig, noch bevor die Sensoren der gewerkschaftsinternen Wahrnehmung anschlagen, beleben. So könnte ein Stein in einer „Mosaiklinken“ entstehen, in der sich unterschiedliche Akteure im Rahmen einer „autonomen Kooperation“ (Urban 2013, S. 268ff.) zusammenschließen, um die politische Wirksamkeit des eigenen Handelns zu erhöhen.

Kooperationen dieser Art brauchen Akteure, Orte und Strukturen. Solche sind durchaus vorhanden, nicht zuletzt in Form gemeinsamer Arbeits- und Kooperationsstellen zwischen Gewerkschaften und Wissenschaft. Vielfach stammen sie aus einer Zeit, in der ebenfalls über eine ergiebigere Ausrichtung universitärer Forschung und Lehre an der Gesellschaft und ihren Bedürfnissen debattiert wurde. „Wissenschaft im Arbeitnehmerinteresse“ war eine Formel, hinter der sich gewerkschaftlich orientierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie wissenschaftsinteressierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu gemeinsamen Vorhaben versammelten. Auch die Gemeinsame Arbeitsstelle zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall war in diesem Geiste ins Leben gerufen worden. Dass sie mit großem Engagement und vorzeigbaren Erfolgen in diesem Sinne tätig war, belegt ihre Geschichte; dass sie sich aufmacht, den „alten“ Gedanken einer dialogischen Kooperation zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften in die „neue“ Zeit zu tragen, belegt dieser Band.

Literatur

- Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.) (2013): *Demokratie oder Kapitalismus. Europa in der Krise*. Berlin
- Burawoy, M. (2005): For Public Sociology. In: *American Sociological Review*, Vol. 70, S. 4–28
- Burawoy, M. (2011): Making Public Sociology: Its Pitfalls and its Possibilities. In: *Global Labour Journal*, Iss. 1, S. 1–4
- Burawoy, M. (2015): *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit* (hgg. v. Brigitte Aulenbacher u. Klaus Dörre). Weinheim, Basel (i. E.)
- Crouch, C. (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt/M.
- Deppe, F. 2012: *Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute*. Köln
- Dörre, K. (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Gegenwartskapitalismus. In: Dörre, K./Lessenich, S./Rosa, H. (Hg.): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt/M., S. 21–86
- Enderlein, H. (2013): Das erste Opfer der Krise ist die Demokratie: Wirtschaftspolitik und ihre Legitimation in der Finanzmarktkrise 2008–2013. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 4, S. 714–739
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS) (Hg.) (2010): *Das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule. Vorschlag für die Hochschule der Zukunft*. Düsseldorf
- Hyman, R. (2013): Democratisation of the Economy. In: *Warsaw Forum of Economic Sociology*, Vol. 4, S. 59–74
- Kocka, J./Merkel, W. (2015): Kapitalismus und Demokratie. Kapitalismus ist nicht demokratisch und Demokratie nicht kapitalistisch. In: Merkel, W. (Hg.): *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden, S. 307–337
- Müller, T./Schulten, T. (2014): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik. In: Lehndorff, S. (Hg.): *Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien*. Hamburg, S. 273–301
- Münch, R. (2009): *Wissenschaft unter dem Regime des akademischen Kapitalismus*. (Internet: http://www.leibniz-institut.de/archiv/muench_17_07_09.pdf; Zugriff: 15.02.2009)
- Pickshaus, K. (2014): *Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben. Gute Arbeit und Kapitalismuskritik – ein politisches Projekt auf dem Prüfstand*. Hamburg
- Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München
- Scharpf, F. W. (2013): Die Euro-Rettung als Demokratieproblem. In: *der moderne staat*, Heft 2, S. 279–288
- Schmalz, S./Dörre, K. (Hg.) (2013): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt/M.
- Schröder, L./Urban, H.-J. (Hg.) (2016): *Gute Arbeit. Digitale Arbeitswelt – Trends und Anforderungen*. Frankfurt/M. (i.E.)
- Streeck, W. (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin

- Urban, H.-J. (2013): *Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaaten und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus*. Hamburg
- Urban, H.-J. (2014): *Arbeitsforschung, Sozialkritik und Gewerkschaftspolitik*. In: Wetzel, U./Hofmann, J./Urban, H.-J. (Hg.): *Industriearbeit und Arbeitspolitik. Kooperationsfelder von Wissenschaft und Gewerkschaften*. Hamburg, S. 99–111